

**Natur+Umwelt**

22.03.2007

**Jeder Mensch hat ein Recht auf Wasser**

**Der Uno-Weltwassertag macht einmal mehr auf die weltweite Wasserkrise aufmerksam. Seit Jahren fordern Entwicklungsorganisationen vergeblich ein verbindliches Recht auf Wasser.**

Von Martin Läubli

Maude Barlow ist kompromisslos. «Nur die Regierung und die öffentliche Hand können eine Wasserversorgung garantieren, zu der alle Menschen Zugang haben», sagt die engagierte Frau aus Kanada. Seit Jahren kämpft die Trägerin des Alternativen Nobelpreises gegen die weltweite Privatisierung der Wasserversorgung. Und davon rückt sie keinen Schritt ab. «Die Wasserkrise ist eine soziale und ökologische, aber keine ökonomische Krise», sagte sie vergangene Woche an einer Tagung der Alliance Sud in Bern. Detailliert hat Barlow vor sechs Jahren in ihrem Buch «Das blaue Gold» die Machenschaften der privaten Unternehmer geschildert. Demnächst erscheint ihr neues Buch. «Die schlimmen Befürchtungen von damals sind eingetroffen», so Barlow.

Die Liste der Länder, in denen eine private Wasserversorgung das Ungleichgewicht zwischen Reich und Arm weiter verschärft hat, ist lang. Ein bekanntes Beispiel ist die bolivianische Stadt Cochabamba, in der nach der Privatisierung die Wasserpreise derart stiegen, dass Trinkwasser aus dem Netz für die Armen unerschwinglich wurde. «Einen Tausend-Liter-Tank in Mexico City mit Wasser aus dem Versorgungsnetz zu tanken, kostet 2.50 Pesos. Würden wir es mit dem Flaschenwasser «Pure Life» von Nestlé füllen, müssten wir tausend Mal mehr bezahlen», sagte Rodrigo Gutiérrez Rivas, ein mexikanischer Menschenrechtsspezialist.

Auch in Europa gibt es Beispiele. Im maroden privaten Versorgungsnetz in Grossbritannien gehen bis zu 60 Prozent des Trinkwassers verloren. Trotzdem würden «die privaten Versorger die Wasserverluste immer noch als rentabler ansehen als notwendige Reparaturen und Modernisierungen», heisst es in einem Bericht der Heinrich-Böll-Stiftung.

Entwicklungs- und Umweltorganisationen fordern deshalb seit Jahren, den Zugang zu sauberem Wasser als Menschenrecht anzuerkennen. In diesem Fall wäre ausgeschlossen, Wasser als Handelsgut zu betrachten. Gemäss den Autoren des neusten Uno-Entwicklungsberichts verleitet die ideologische Diskussion um die Privatisierung dazu, die notwendigen staatlichen Reformen in den ärmsten Ländern zu vernachlässigen: 90 Prozent des Trinkwassers stamme dort aus öffentlichen Versorgungsnetzen. Nach wie vor haben 1,1 Milliarden Menschen keinen Zugang zu genügend sauberem und erschwinglichem Wasser. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) schätzt, dass alle zwölf Sekunden ein Mensch an einer Krankheit stirbt, die vom Mangel an sauberem Wasser verursacht wurde. Um das Millenniumsziel der Uno zu erreichen, nämlich die Zahl der Menschen ohne Zugang zu sauberem Wasser bis 2015 zu halbieren, müssten weltweit pro Jahr zehn Milliarden Dollar investiert werden.

«Es braucht eine Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und der Wirtschaft», ist Jürg Gerber vom World Business Council for Sustainable Development in Genf überzeugt. Für den Vorsitzenden der Wasserinitiative des World Economic Forums (WEF) ist selbstverständlich, dass Wasser ein Menschenrecht ist. Aber wer bringe das Wissen und die Investitionen, wenn nicht die Wirtschaft, fragte er an der Tagung in Bern.

«Entscheidend ist, wo die Politik die Prioritäten setzt», sagte Nils Rosemann. Der Berater in Entwicklungsfragen machte vor vier Jahren eine Feldstudie in der philippinischen Hauptstadt Manila. Dort versorgen zwei private Unternehmen einen grossen Teil der Stadtbevölkerung mit Trinkwasser. «Wer vor der Privatisierung bereits

Wasser aus dem Netz bezog, musste nachher bis zu fünfmal mehr bezahlen.»

Aber die Privatisierung habe für über eine Million Menschen in den Slums einen Zugang zum Wasser gebracht, sagte Rosemann. Und das zu einem erschwinglichen Preis. Zuvor bezogen die Menschen Wasser von Händlern, die ein Mehrfaches verlangten.

Inzwischen ist ein Wasseranbieter ausgestiegen. Der Grund: eine zu geringe Profitmarge. «Das Problem ist das ausländische Geld», sagte Rosemann. Die Unternehmen tätigen ihre Investitionen in Dollar, die Einnahmen kommen in der lokalen Währung. «Bei einer Wirtschaftskrise wie der Asienkrise müssen die Firmen den Wasserpreis erhöhen, um auf ihre Margen zu kommen», so Rosemann.

Die Herausforderungen liegen deshalb für den Schweizer Bundesrat nicht in der Anerkennung des Rechts auf Wasser, sondern in der Umsetzung des Rechts. In einer Antwort auf eine Motion im Nationalrat machte er klar, die bestehende Rechtsetzung sei zu stärken. So heisst es zum Beispiel in einem Kommentar des Uno-Sozialausschusses, das «Menschenrecht auf Wasser sei unumgänglich, wenn Menschen in Würde leben wollen».

### **Trinkwasser muss erschwinglich sein**

Der Uno-Menschenrechtsrat hat eine Initiative zum Recht auf Wasser Ende letzten Jahres einstimmig angenommen. Die Hochkommissarin ist nun beauftragt, zu erörtern, wie dieses Recht verankert werden könnte. Gemäss Martin Huth vom deutschen Auswärtigen Amt hätte aber weder die Uno noch ein einzelnes Land dieses Recht bis heute anerkannt. Was wären die Folgen? Ein Staat wäre verpflichtet, Infrastrukturen für die Wasserversorgung auch in Krisenzeiten zu schützen. Er müsste sicherstellen, dass Trinkwasser für alle zu jeder Zeit erschwinglich ist.

Allerdings würde eine Anerkennung des Menschenrechts, so Martin Huth, nur den persönlichen und häuslichen Wassergebrauch tangieren. Die Wassernutzung in der Landwirtschaft hingegen wäre nicht geregelt. Dabei verbrauchen die Bauern 70 Prozent des Wasserangebots auf ihren Feldern.

Das ist ein Grund, dass Rosmarie Bär von der Alliance Sud eine Wasserkonvention forderte. «Wasser braucht letztlich einen völkerrechtlichen Vertrag, der die Entwicklungs-, Umwelt- und Menschenrechte vereinigt und das Wasser als gemeinsames Gut der Menschheit schützt.»